

Jan Daniluk

ORCID: 0000-0003-4553-552X

DOI: 10.24425/historie.2020.133252

Danzig, Fiume und Memel – Konzepte der freien Städte nach dem Ersten Weltkrieg, das Prinzip der Selbstbestimmung und der Schutz der ethnischen Minderheiten

Keywords: Versailles Treaty, the Paris Peace Conference, League of Nations, self-determination of peoples, Free City of Danzig, Free State of Fiume, Free Territory of Memel

In seiner 2010 auf Polnisch erschienenen Monografie *Zaginione królestwa* (deutsche Ausgabe: *Verschwundene Reiche*, Anm. d. Übers.) widmet sich der berühmte britische Historiker Norman Davies neben dem mittelalterlichen Burgund und der zerfallenen UdSSR auch zwei Städten: Danzig an der Ostsee (heute Gdańsk) und Fiume an der Adria (heute Rijeka).¹ Sein Vorwand, sich mit dem Schicksal der beiden Orte zu beschäftigen, ist der besondere Status einer freien Stadt, den sie in ihrer Geschichte nach dem Ende des Ersten Weltkriegs hatten. Wie es schon der Titel suggeriert, verschwanden nach Davies hier zwei Quasi-Stadtstaaten mit einer republikanischen Verfassung. Beide Städte zeichneten sich durch die Besonderheit aus, dass die von oben auferlegte administrative Abspaltung nicht mit einer tatsächlichen Unabhängigkeit einherging. Sie waren weder politisch und schon gar nicht wirtschaftlich in der Lage, die Rolle eines internationalen politischen Subjekts zu spielen.

¹ Norman Davies, *Zaginione królestwa* (übers. v. B. Pietrzyk u. a.), Kraków 2010, S. 335-369, 501-513. Der Genauigkeit halber sei erwähnt, dass Fiume bei Norman Davies vor allem im Zusammenhang mit der Ausrufung der selbst ernannten Regentschaft am Quarnero durch den italienischen Unruhestifter Gabriele d'Annunzio erwähnt wird. Seine Regierungszeit ging der Gründung der Freien Stadt Fiume (1920) voraus.

Danzig, dem der Status einer freien Stadt (zusammen mit dem benachbarten Zoppot und dessen angrenzenden Gebieten) 1920 nach den Bestimmungen des ein Jahr zuvor unterzeichneten Versailler Vertrags zugewiesen wurde, spielte in der Geschichte des 20. Jahrhunderts eine bedeutendere Rolle. Hierfür sprechen drei Hauptgründe. Erstens war die Zukunft (und die Rechtsform) Danzigs eine der Schlüsselfragen, mit denen die westlichen Mächte während der Pariser Friedenskonferenz 1919 konfrontiert waren. In einer stark vereinfachenden Darstellung bestand der Konflikt darin, dass das vom Präsidenten der Vereinigten Staaten, Thomas Woodrow Wilson, angenommene Grundprinzip, die Selbstbestimmung der Völker bei der Bildung neuer Grenzen vorrangig zu behandeln (dazu im Folgenden mehr), in diesem Fall mit den strategischen und wirtschaftlichen Gegenargumenten kollidierte.² Zweitens existierte Danzig in der Zwischenkriegszeit länger als alle ähnlichen freien Städte und war (sowohl in Bezug auf die Bevölkerung als auch auf die Fläche) die größte von ihnen. Der dritte Grund schließlich liegt paradoxerweise in den Umständen, die dazu führten, dass die Freie Stadt Danzig aufhörte zu existieren. Gemeint ist natürlich der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, der – zumindest symbolisch – häufig mit dem deutschen Überfall auf das polnische Munitionsdepot (Wojskowa Składnica Tranzytowa, Anm. d. Übers.) auf der Westerplatte bei Danzig in Verbindung gebracht wird.³

² Mieczysław Bolesław Biskupski, *The „Free City of Danzig“ and the League of Nations in American Strategic Conception, 1917-1918: A Wilsonian Geostrategic Experiment*, in: Marek Andrzejewski (Hg.), *Gdańsk-Gdynia-Europa-Stany Zjednoczone w XIX i XX wieku. Księga pamiątkowa dedykowana profesor Annie Cienciale*, Gdańsk 2000, S. 82 f. Siehe auch: Margaret MacMillan, *Paryż 1919. Sześć miesięcy, które zmieniły świat: konferencja pokojowa w Paryżu w 1919 roku i próba zakończenia wojny* (übers. v. M. Młynarz), Oświęcim 2018, S. 219-223.

³ Trotz einer Reihe von Publikationen, die der Versailler Freien Stadt Danzig gewidmet sind, fehlt es einerseits an einer umfassenden Monografie, die auch den neuesten Stand der Forschung berücksichtigt. Andererseits fehlt es an einer verlässlichen populärwissenschaftlichen Arbeit, die der Leserschaft die Freie Stadt Danzig (1920-1939) auf eine zugängliche Weise näherbringen würde. Die wohl besten synthetischen Studien (die naturgemäß keine umfassenden Werke darstellen) über die Genese, das System, die Gestalt und die nationalen Beziehungen der Freien Stadt Danzig sind derzeit die Aufsätze von Andrzej Romanow und Marek Andrzejewski in einem 2015 erschienenen Sammelband: Marek Andrzejewski, *Wolne Miasto Gdańsk: Struktura administracyjna i status prawny*, in: Szczepan Wierchosławski/Przemysław Olstowski (Hg.), *Historia Pomorza*, Bd. V: (1918-1939) *Województwo pomorskie i Wolne Miasto Gdańsk*, Teil I: *Ustrój, społeczeństwo i gospodarka*, Toruń 2015, S. 339-347; Andrzej Romanow, *Wolne Miasto Gdańsk: Terytorium, stosunki demograficzne, narodo-*

Im Jahr 1919 jährte sich zum hundertsten Mal die Unterzeichnung des Versailler Vertrags, der den Ersten Weltkrieg beendete. In diesem Jahr jährt sich hingegen die Gründung der Freien Städte Danzig und Fiume ebenfalls zum hundertsten Mal. Aus heutiger Sicht ist die grundlegende Frage nicht, ob diese neuen Verwaltungskonstrukte erfolgreiche Experimente waren (die Antwort auf diese Frage scheint offensichtlich). Im Folgenden soll vielmehr an die sehr künstliche Entstehungsgeschichte erinnert und sollen Konzepte sowie Entwicklungen der freien Städte verglichen werden. In einem erweiterten Kontext wird gefragt, was die Schwäche dieser Gebietskörperschaften war und inwieweit ihre Gründung tatsächlich von der Idee der Selbstbestimmung der Völker geleitet wurde, einem der Schlüsselprinzipien, nach denen (zumindest theoretisch) die Grenzen Europas nach Versailles festgelegt wurden. Zudem stellt sich beinahe zwingend die Frage, ob und, wenn ja, in welchem Umfang für den Schutz ethnischer Minderheiten in diesen freien Städten gesorgt wurde. Um das Bild zu vervollständigen, soll der Städtevergleich um den Fall Memel (heute Klaipėda) ergänzt werden. Obwohl die Stadt formell nie den Status einer freien Stadt erreichte, wurde zwischen 1921 und 1923, als Memel samt Umland vom restlichen Territorium getrennt war, die Idee eines „freien Staates“ ernsthaft in Betracht gezogen.

Gemeinsam war den drei Städten, dass sie an der Küste lagen und im Besitz von Häfen waren. Im Gegensatz zu Fiume, das eher eine kleine Ortschaft war, waren Danzig und Memel wichtige Hafenstädte, die für das Funktionieren und die wirtschaftliche Entwicklung der jeweiligen Regionen von großer Bedeutung waren. Alle oben genannten Städte liegen an Flussmündungen, wobei zu beachten ist, dass der Fluss Rječina (ital. Fiumara), an dem Fiume liegt, nie von einer solchen Bedeutung war wie die Weichsel, die in Danzig ins Meer mündet, oder die Memel, die damals durch die gleichnamige Stadt floss.⁴ Nach dem Ersten Weltkrieg wurde zudem die Idee der Internationalisierung der größten Flüsse aufge-

wościowe i wyznaniowe. *Podziały społeczno-zawodowe i warunki bytu*, in: Szczepan Wierchosławski/Przemysław Olstowski (Hg.), *Historia Pomorza*, Bd. V: (1918-1939) *Województwo pomorskie i Wolne Miasto Gdańsk*, Teil I: *Ustrój, społeczeństwo i gospodarka*, Toruń 2015, S. 348-379. Auch Peter Oliver Loew hat einen interessanten Versuch unternommen, die Geschichte der Freien Stadt darzustellen: Peter Oliver Loew, *Gdańsk. Biografia miasta* (übers. v. J. Górny), Gdańsk 2013, S. 195-222.

⁴ Die Rječina ist nur 18 km lang, während Weichsel und Memel jeweils 1047 km bzw. 937 km lang sind.

griffen.⁵ Fiume selbst gewann an Bedeutung, weil die Stadt als Konkurrenz zu Triest, einer wichtigen italienischen Hafenstadt, begriffen wurde.⁶ Von Zeitgenossen wurde die Stadt als „Schlüssel zur wirtschaftlichen Macht in der Adria“ bezeichnet.⁷

Eine weitere Gemeinsamkeit von Fiume und Danzig war, dass sie in ihrer Geschichte bereits den Status einer freien Stadt gehabt hatten. Die erstgenannte Stadt hatte seit 1719 einen freien Hafen, und seit 1779 wurde ihr innerhalb der Habsburgermonarchie eine Autonomie gewährt. Danzig hingegen war nur in den Jahren 1807-1814 formell eine freie Stadt. Man darf jedoch nicht vergessen, dass sie in der Zeit der größten Prosperität vom 16. bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts als Teil der Adelsrepublik Polen-Litauen in vielerlei Hinsicht ein unabhängiges und zur Durchführung einer eigenen Politik befähigtes Machtzentrum war.

Vor allem – und das ist entscheidend für die folgenden Ausführungen – waren Danzig, Fiume und Memel Städte, die an kulturellen und nationalen Grenzen lagen. In Danzig waren es Deutsche und Polen, die um den Herrschaftsanspruch konkurrierten. In Fiume hingegen waren es die Italiener und die Kroaten (sowie indirekt die Ungarn). In Memel schließlich konkurrierten die Deutschen mit den Litauern. Die drei Zentren (wenn auch sicherlich von unterschiedlicher Größe) entwickelten sich Ende des 19. Jahrhunderts vor allem auf den Gebieten der Wirtschaft, der Verwaltung, weniger der Wissenschaft und der Kultur, zunehmend zu Orten stärker werdender sozioökonomischer Spannungen und Konflikte. Der Erste Weltkrieg bildete hierbei lediglich einen Katalysator.

Die Situation wurde durch die vielschichtige nationale Zusammensetzung erschwert, wobei die größten Unterschiede meist zwischen der Stadt und ihrer unmittelbaren Umgebung (der Region) lagen. Während Fiume selbst hauptsächlich von Italienern bewohnt war (obwohl die angegebenen Zahlen variieren), wurden die ländlichen Gebiete um die Stadt herum überwiegend von Slawen (hauptsächlich Kroaten, Serben und Slowenen) bewohnt. Der Gegensatz wird noch sichtbarer, wenn man den tatsächlichen Besitz politischer

⁵ Einen Überblick bietet Agnieszka Kastory, *Sprawa umiędzynarodowienia polskich rzek po pierwszej wojnie światowej*, in: *Zeszyty Naukowe Uniwersytetu Jagiellońskiego. Prace Historyczne* 138/2011, S. 143-158.

⁶ MacMillan, *Paryż 1919*, S. 290.

⁷ Piotr Podemski, *Wyprawa na Fiume 1919-1920*, Toruń 2005, S. 27.

Rechte der Einwohner Fiumes berücksichtigt, der (vereinfachend) von ihrem Eigentumsstatus abhing und in überwiegender Mehrheit (zu über 83 Prozent) in italienischen Händen konzentriert war.⁸ In Kleinlitauen war es ähnlich. Direkt in Memel lag der Anteil der litauischen Bevölkerung im Jahr 1910 bei lediglich 9,2 Prozent. Unmittelbar außerhalb der Stadtgrenze – auf dem Gebiet, das später dem sogenannten Memelland (als Teil von Kleinlitauen) zukam, lebten 56 Prozent Litauer. Verwaltung und Wirtschaft konzentrierten sich in deutschen Händen.⁹ Das überwältigende Ungleichgewicht, das heißt die Dominanz der deutschen Bevölkerung, sowohl hinsichtlich der wirtschaftlichen und politischen Position als auch bezogen auf den prozentualen Bevölkerungsanteil, betraf auch Danzig. Es wird heute davon ausgegangen, dass das Verhältnis von deutscher zu polnischer Bevölkerung in der Stadt selbst bei etwa 9:1 lag.¹⁰

Das Stadtgebiet von Fiume wurde überwiegend von Italienern bewohnt (und politisch von ihnen kontrolliert). Nach einer Phase der begrenzten Autonomie wurde die Stadt nach 1890 im Rahmen der neuen maritimen Politik Österreich-Ungarns zunehmend magyarisiert. Fiume sollte der zentrale Hafen der Monarchie werden. Die ungarische Bevölkerung nahm deutlich zu, und die ungarische Sprache wurde auch an Ober- und Hochschulen eingeführt. Im Jahr 1918 zählte Fiume 46.000 Einwohner. Davon waren 62,5 Prozent Italiener, 19,6 Prozent Kroaten und 9,6 Prozent Ungarn. Obwohl sich die Rivalität um die Stadt nach 1918 zwischen Italienern und Kroaten abspielte, war die fortgeschrittene Magyarisierung an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert ein wichtiger Katalysator der proitalienischen Stimmung und ein Faktor, der das Milieu der radikalsten Nationalisten, die den Anschluss Fiumes an Italien befürworteten, konsolidierte.

Gemäß dem Londoner Geheimvertrag aus dem Jahr 1915, im Zuge dessen Italien beschloss, die Bündnispartner zu wechseln und gegen die Zentralmächte in den Krieg zu ziehen, sollte Fiume nach dem Sieg der Triple Entente Kroatien zukommen. Wichtig dabei ist, dass die italienische Seite ursprünglich nicht um den Anschluss

⁸ Podemski, *Wyprawa*, S. 21-25.

⁹ Piotr Łossowski, *Kłajpeda kontra Memel. Problem Kłajpedy w latach 1918-1939-1945*, Warszawa 2007, S. 11.

¹⁰ Romanow, *Terytorium*, S. 358-359.

von Fiume gerungen hat. Der Grund schien trivial – 1915 nahm niemand an, dass Österreich-Ungarn zerfallen (und Kroatien unabhängig werden) könnte, was die Machtverhältnisse an der Adria verändern würde. Erst die Entwicklungen in den kommenden Jahren (schwere Kämpfe und italienische Verluste an den Fronten des Ersten Weltkriegs bei gleichzeitiger Zunahme nationalistischer Stimmungen) führten zur Herauskristallisierung einer kategorischen Forderung der Italiener, sich auch das kleine Fiume einzuverleiben. So wurde das Problem der zukünftigen Zugehörigkeit Fiumes zu einem integralen (vielleicht dem schwierigsten) Element der sogenannten Adriafrage, das heißt der italienischen Bestrebungen nach Landnahme in Istrien und Dalmatien nach dem Ersten Weltkrieg.¹¹

Die Bedeutung der Stadt Memel und ihres unmittelbaren Hinterlandes (Teil von Kleinlitauen, das heißt des späteren Memellandes) war nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen, sondern auch in Hinblick auf die Kultur und die nationale Identität der Litauer von entscheidender Bedeutung. Genau in dieser Region wurde im 16. Jahrhundert das erste Buch in litauischer Sprache verfasst und im 18. Jahrhundert das Gedicht *Metai* (Jahreszeiten) geschrieben, welches zum Kanon der litauischen Literatur gezählt wird. Seit 1833 erschien dort die Zeitung *Aušra* (Morgenröte), die vom Vater der litauisch-nationalen Wiedergeburt Jonas Basanavičius gedruckt und dann illegal in Litauen verbreitet wurde, das damals Teil des zaristischen Russlands war. Trotzdem waren die Litauer aus Kleinlitauen fast bis zum Ende des Ersten Weltkriegs kaum politisch aktiv. Nur einmal (1916) erwähnte die litauische Delegation die Notwendigkeit, dass das zukünftige unabhängige Litauen durch die Einbeziehung von Memel und seiner Umgebung Zugang zum Meer erhielt.¹² Dieses Postulat ging aber ohne großes Aufsehen unter.

Vor diesem Hintergrund erscheint die Frage nach der Zukunft Danzigs und die dazugehörige Debatte nach dem Ersten Weltkrieg als etwas sehr Außergewöhnliches. Obwohl sie bereits seit 1878 den Status einer Verwaltungshauptstadt der Provinz Westpreußen innehatte, erlebte Danzig erst in der wilhelminischen Zeit

¹¹ Podemski, *Wyprawa*, S. 33 f.; Jędrzej Paszkiewicz, *Jugosławia w polityce Włoch w latach 1914-1941*, Poznań 2004, S. 23 f.; Joanna Sondel-Cedarmas, *Gabriele D'Annunzio. U źródeł ideologicznych włoskiego faszyzmu*, Kraków 2008, S. 135; MacMillan, *Paryż 1919*, S. 279.

¹² Łossowski, *Kłajpeda kontra Memel*, S. 11-13.

einen regelrechten Entwicklungsschub. An der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert wurde eine Reihe von Investitionen getätigt, die Stadtlandschaft veränderte sich und die Einwohnerzahl stieg. Die hohe Stellung der Stadt innerhalb des damaligen Deutschen Reichs kann anhand von vier wesentlichen Kriterien definiert werden: Zum einen war es die entwickelte Industrie, die für den preußischen Staat von großem Nutzen war (zu den vier größten Produktionsstätten der Stadt zählten zwei Werften, drei von ihnen waren Staatsunternehmen, und alle vier produzierten für das Heer), der Hafen an der Weichselmündung, die Rolle der Stadt als Verwaltungshauptstadt der Region und schließlich die 1904 gegründete Technische Hochschule. Die Gründung der Letztgenannten hatte auch mit Nationalitätsfragen zu tun. So sollte die Entstehung einer neuen Universität den deutschen Einfluss in der Stadt wie in der Region stärken.

Es ist daher wenig überraschend, dass Danzig in den Plänen der polnischen Unabhängigkeitsaktivisten bei der Vision eines aus der jahrelangen Knechtschaft in die Unabhängigkeit schreitenden Polens eine immense Bedeutung zukam. Es war in der Tat der einzige Hochseehafen, den man bekommen konnte. In diesem Zusammenhang ist jedoch relativ wenig über die Vorstellungen der deutschen Stadtverwaltung bekannt, die der Ansicht war, dass das Schicksal von Danzig angesichts der veränderten internationalen Situation bald Gegenstand von Verhandlungen sein könnte.

Die ersten Ideen zum künftigen (veränderten) Status nicht der Stadt, sondern der Verwaltungsform des Hafens wurden bereits im Februar 1917 verfasst. Weitere Vorschläge, die allesamt von der Stadtverwaltung initiiert wurden, folgten im März und Mai des Jahres 1919. Zunächst ging man davon aus, dass beim Ausbau des Danziger Hafens ein sogenannter Polnischer Hafen entsteht. Zwei Jahre später wurde vorgeschlagen, dafür zu sorgen, den Polen die Nutzung des Danziger Hafens ohne deutsche Vermittlung zu gewährleisten. Die Überwachung zur Erfüllung dieses Privilegs sollte durch eine spezielle deutsch-polnische Paritätskommission erfolgen, an deren Spitze ein vom Völkerbund ernannter Vertreter stehen sollte. Die letzte der Initiativen, die in den „Bemerkungen der deutschen Delegation“ zu den Friedensverträgen vom 29. Mai 1919 erwähnt wird, beinhaltet einen Vorschlag der Danziger Stadtverwaltung zur Schaffung von Freizonen für Polen in einem oder sogar mehreren Ostseehäfen sowie Erleichterungen beim

Transit im Eisenbahn- und Binnenschiffsverkehr zwischen Polen und Deutschland.¹³

Alle drei beschriebenen Konzepte waren Versuche, sowohl den Deklarationen (vor allem des US-Präsidenten) als auch später den Forderungen der Polen nach einem „Zugang zum Meer“ entgegenzukommen. Gleichzeitig gingen alle drei davon aus, dass Danzig innerhalb der deutschen Grenzen verbleiben würde. Bei den letzten beiden Vorschlägen aus dem Jahr 1919 konnten die Danziger davon ausgehen, dass Wilsons Idee des Selbstbestimmungsrechts der Völker, die von den größten Siegermächten vorgelegt und akzeptiert wurde, die Bedingungen des Friedens diktieren würde.

Am Ende des Ersten Weltkriegs war diese Konstruktion nichts Neues. Sie stammt aus dem frühen 17. Jahrhundert und fand ihren Niederschlag sowohl in der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten (1776) als auch in der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte der Französischen Revolution (1789). Obwohl die Beschlüsse des Wiener Kongresses die Idee des Selbstbestimmungsrechts der Völker unterdrückten, kehrte sie bereits im Völkerfrühling mit Gewalt zurück. Der Erste, der das sogenannte Nationalitätsprinzip im internationalen Recht formulierte, war der italienische Professor Pasquale Mancini (1851). Was die Zeit des Ersten Weltkriegs in dieser Frage jedoch von den vorangegangenen Jahren unterschied, war die Tatsache, dass das Selbstbestimmungsrecht der Völker nun konsequent als politisches Postulat und als eines der wichtigsten Elemente der zukünftigen internationalen Ordnung formuliert wurde.

Es gab zwei konkurrierende Rechtsauffassungen. Die erste (radikale) stammt von Wladimir Iljitsch Lenin, die bereits im März 1916 in eine seiner Publikationen aufgenommen wurde. Sie ging davon aus, dieses Recht allen Nationen uneingeschränkt zu gewähren, und war eine der Grundlagen für die geplante Ausbreitung der bolschewistischen Revolution. Die zweite postulierte, dass die Selbstbestimmung der Völker durch einen Konsens (die Zustimmung der Beherrschten) erreicht werden sollte. Ihre Vertreter standen auf der Position, dass jede Nation das Recht hat, ihre eigene Regie-

¹³ Andrzej Drzycimski, *Polacy w Wolnym Mieście Gdańsku (1920-1933). Polityka Senatu gdańskiego wobec ludności polskiej*, Wrocław/Gdańsk 1978, S. 18-21.

rungsform zu wählen.¹⁴ Diese zweite Rechtsauffassung ging auf den Präsidenten der USA zurück und wurde in seiner berühmten Ansprache vom 8. Januar 1918 öffentlich zum Ausdruck gebracht. Es sei daran erinnert, dass nur drei Tage zuvor auch der britische Premierminister David Lloyd George in einer Rede vor den Gewerkschaften deutlich betont hatte, dass zu den Bedingungen für einen dauerhaften (zukünftigen) Frieden unter anderem das Konzept der Selbstbestimmung der Völker gehöre.¹⁵

In Bezug auf Fiume, Danzig und Memel begann sich die Situation im letzten Quartal des Jahres 1918 dynamisch zu verändern. Noch im Oktober, als der Ausgang des Krieges bereits entschieden war, erklärte Fiumes Vertreter im ungarischen Parlament, dass die Stadt sich Italien anschließen werde. Dieses Postulat wurde bald in einer feierlichen Erklärung vom Nationalrat von Fiume wiederholt. Die italienische Seite unternahm zum ersten Mal einen Versuch, die Stadt auf formalem Wege zu annektieren, indem sie sich auf Wilsons Idee der Selbstbestimmung der Völker berief. Das Problem lag darin, dass zur selben Zeit die Propaganda- und Emanzipationsaktivitäten seitens der Kroaten sichtbar waren. Ende des Monats forderten sie die Abspaltung von Ungarn. Fiume betrachteten sie (wie auch unter anderem Triest) als einen natürlichen Bestandteil des zukünftigen Staates der Slowenen, Kroaten und Serben (das SHS-Königreich, auch Jugoslawien genannt) wobei auch sie sich auf die Selbstbestimmung der Völker beriefen. Die Ereignisse überschlugen sich. Sowohl die Italiener als auch die Kroaten entsandten im November ihre Truppen nach Fiume. Um Auseinandersetzungen zu vermeiden, wurde Fiume von interalliierten Einheiten aus Italien und Frankreich besetzt. Es dauerte jedoch nicht lange, bis die ersten Konflikte ausbrachen, da die Franzosen die slawischen Interessen bevorzugt behandelten.¹⁶

¹⁴ Maciej Perkowski, *Samostanowienie narodów w prawie międzynarodowym*, Warszawa 2001, S. 17 f.; Antonio Cassese, *Self-determination of peoples. A legal reappraisal*, Cambridge 1995, S. 11-21. Siehe auch: Józef Chlebowczyk, *Między dyktatem, realiami a prawem do samostanowienia. Prawo do samookreślenia i problem granic w Europie Środkowej w pierwszej wojnie światowej i po jej zakończeniu*, Warszawa 1988, S. 489 f.

¹⁵ Anna Cienciała, *Zasada samostanowienia narodowego a pojęcie interesów żywotnych w polityce brytyjskiej wobec Gdańska i Pomorza w latach 1917-1939*, in: Marek Andrzejewski (Hg.), *Gdańsk i Pomorze w XX wieku. Księga ofiarowana Profesorowi Stanisławowi Mikosowi z okazji 70. rocznicy Jego urodzin*, Gdańsk 1997, S. 269.

¹⁶ Podemski, *Wyprawa*, S. 29-32.

Ende des Jahres wurde auch eine Gruppe litauischer Aktivisten in Preußen politisch aktiv, die bereits offen eine Vereinigung von Klein- mit Großlitauen forderte. Anfang Februar 1919 sandte die litauische Delegation ein Memorandum an den französischen Premierminister Georges Clemenceau, in dem unter anderem die Einheit der Kultur preußischer Litauer mit den Bewohnern Großlitauens hervorgehoben wurde.¹⁷

In den letzten beiden Monaten des Jahres 1918 verschärfte sich ebenfalls die Situation in Danzig. Wie eine Reihe anderer deutscher Zentren auch, wurde die Stadt im November von einem revolutionären Fieber erfasst. Neben den Forderungen der deutschen Sozialdemokraten wurden auch die politischen Forderungen der Polen immer deutlicher vernehmbar. Im November nahm ein Unterausschuss des Obersten Polnischen Volksrats aus Posen (heute Poznań) seine Tätigkeit in der Stadt auf. Anfang Dezember trafen Militäreinheiten in der Stadt ein, was die ohnehin unruhige Situation aufgrund der noch spürbaren Knappheit an Lebensmitteln und Treibstoff verstärkte. In Hinsicht auf die Unsicherheit über das Schicksal der Stadt verschärfte ihre Präsenz die Gemengelage. Während noch im Oktober 1918 eine große Protestkundgebung der deutschen Bevölkerung gegen die Pläne zur Abtrennung Danzigs von Deutschland relativ ruhig verlaufen war, endete sie zwei Monate später mit der Verwüstung polnischer Einrichtungen (Bank, Zeitungsredaktion) und Geschäfte sowie der Anwendung von physischer Gewalt gegen Polen auf den Danziger Straßen.¹⁸

Mit dem Beginn der Pariser Konferenz im Januar 1919 hatte die polnische Seite das Recht zu glauben, dass die endgültige Entscheidung über das Schicksal von Danzig für sie günstig ausfallen würde. Und dies, obwohl es sich in erheblichem Maße um eine deutsche Stadt handelte. Die strategischen und wirtschaftlichen Faktoren schienen hierbei entscheidend zu sein. Die polnischen Forderungen nach dem Anschluss Danzigs an Polen wurden damals nicht nur von französischen, sondern zunächst auch von einer Mehrheit der amerikanischen Diplomaten unterstützt.¹⁹ Widerspruch kam (mit wenigen Ausnahmen) von den britischen Politikern (wenn

¹⁷ Łossowski, *Kłajpeda kontra Memel*, S. 13-15.

¹⁸ Drzycimski, *Ludność*, S. 19; Miroslaw Gliński/Jerzy Kukliński, *Kronika Gdańska*, Bd. 1: 997-1945, Gdańsk 2019, S. 386.

¹⁹ Cieniało, *The Battle of Danzig*, S. 79.

auch nicht immer von deren Experten). Die Vertreter des *Foreign Office* waren sich dessen bewusst, dass der neue polnische Staat einen Zugang zum Meer brauchte. Aus diesem Grund schlugen sie zunächst vor, den Polen den Danziger Stadtteil Neufahrwasser (Nowy Port) zur Errichtung einer kleinen Enklave im Nordwesten der Stadt zu überlassen.²⁰

Die polnischen Forderungen nach der Eingliederung Danzigs basierten auf politischen und wirtschaftlichen Argumenten. Historische Faktoren spielten, wenn überhaupt, nur dann eine Rolle, wenn sie die wirtschaftlichen Verbindungen zwischen Danzig und Polen belegen sollten.²¹ Sie wurden nicht nur von den meisten französischen, sondern auch von angelsächsischen Experten als überzeugend erachtet. Am 19. März wurde in der Kommission für polnische Angelegenheiten ein Entwurf geprüft, der (im Prinzip) die Anerkennung der polnischen Forderungen voraussetzte. Kritik kam jedoch vom britischen Premierminister, der auf zwei grundlegende Probleme der vorgeschlagenen Lösung verwies: So würden etwa zwei Millionen Deutsche innerhalb der polnischen Grenzen zurückgelassen und Ostpreußen (das zwar beschnitten wurde, aber Teil Deutschlands bleiben sollte) vom Rest des Landes durch das Polen zugestandene Gebiet getrennt. Dabei verwies Lloyd George nicht einmal auf das Prinzip der Selbstbestimmung der Völker, sondern auf die Unmöglichkeit für das besiegte Deutschland, diese Bedingungen zu akzeptieren. Es wäre nicht die Lösung der Danzigfrage, sondern würde zu ihrer Verschärfung und der Entstehung eines neuen Konflikts führen. Deshalb legte er am 27. März im Rat der Vier einen Kompromissvorschlag vor, der für die Bildung einer Freien Stadt Danzig plädierte.²²

Die Idee wurde von Wilson aufgegriffen (sie stellte für ihn übrigens nichts Neues dar, was im Folgenden noch erläutert werden soll), der Ende März die Entwicklung des Konzepts einer „unabhängigen Stadt Danzig“, unter Einbeziehung des städtischen Umlands, vorschlug. Diese territoriale Erweiterung war nicht nur durch wirtschaftliche Fragen (zum Beispiel die Notwendigkeit, zumindest eine Mindestanzahl an landwirtschaftlichen Produktionsstätten zu gewährleisten), sondern auch durch das Prinzip der Selbstbe-

²⁰ Ebd., S. 72.

²¹ Drzycimski, *Ludność*, S. 16.

²² MacMillan, *Paryż 1919*, S. 219.

stimmung der Völker determiniert. Der Präsident der USA wollte die Zahl der Deutschen, die von Polen regiert werden sollten, reduzieren.²³ Mit anderen Worten: Es ging darum, die Grenzen des Gebiets, das später als „Korridor“ bezeichnet werden sollte, enger zu ziehen. In der Zeit zwischen März und April 1919 wurden verschiedene Konzepte für die Form der Freien Stadt Danzig entwickelt.²⁴ Schließlich wurde der polnischen Seite ein Vorschlag vorgelegt, die ihn trotz zu erwartender Widerstände am Ende akzeptierte. Im Vertrag von Versailles, der am 28. Juni 1919 unterzeichnet wurde, waren die Artikel 100-108 der zukünftigen Freien Stadt Danzig gewidmet. Am 10. Januar 1920, als die Bestimmungen des Vertrags von Versailles in Kraft traten, wurde Danzig samt Umland unter die Herrschaft der Alliierten und Assoziierten Hauptmächte gestellt. Es wurde ein Verfassungsentwurf ausgearbeitet, die Grenzen wurden festgelegt und eine Reihe von Vereinbarungen zwischen Danzig und Polen geklärt. Am Ende mündete dieser Verhandlungsprozess in der am 9. November 1920 unterzeichneten Pariser Konvention. Die offizielle Proklamation der Freien Stadt Danzig fand am 15. November statt.²⁵

Um das Bild zu vervollständigen, kann man hinzufügen, dass die erste Idee einer Freien Stadt Danzig bereits im Dezember 1918 sowohl in US-amerikanischen als auch französischen Behörden formuliert wurde. Der Präsident der USA sah ursprünglich die Möglichkeit, eine freie Stadt an der Weichselmündung unter dem Schutz des Völkerbunds mit einer Sonderposition der Niederlande als *mandatory power* entstehen zu lassen. Obwohl zur gleichen Zeit (das heißt Ende 1918) die französische Seite schließlich beschloss, die Forderungen der Polen zu unterstützen und Danzig zu einem integralen Bestandteil der wiederentstandenen Republik zu machen (was Garantien für die Rechte der lokalen deutschen Bevölkerung mit einschloss), sollte vollständigkeitshalber erwähnt werden, dass auch die Option einer freien Stadt in Betracht gezogen wurde. In diesem Fall ging man davon aus, dass die gesamte Infrastruktur des Danziger Hafens an Polen übergehen würde.²⁶

Die britische Position in der Danzigfrage war nicht durch das Einverständnis und die volle Akzeptanz des Prinzips der Selbstbestim-

²³ Cienciała, *The Battle of Danzig*, S. 78.

²⁴ Ebd., S. 79-83.

²⁵ Andrzejewski, *Struktura*, S. 340.

²⁶ Cienciała, *The Battle of Danzig*, S. 72 f.

mung der Völker determiniert. Schließlich war diese Denkweise britischen Politikern, die ein riesiges Vielvölkerimperium führten, fremd (und wurde früher vor allem zur Durchsetzung bestimmter Kriegsziele eingesetzt).²⁷ Die britische Seite war nicht so sehr dafür, Danzig Deutschland zu überlassen, sondern vor allem dafür, es nicht Polen zu geben. Dies hatte mehrere Gründe, zu den wichtigsten zählten: die Konkurrenz mit Frankreich, der Wunsch, die deutschen Verluste im Westen durch eine maximale Begrenzung der Ansprüche (vor allem der polnischen) im Osten auszugleichen, die Angst vor der Ausbreitung des Bolschewismus im besiegten und überforderten Deutschland und schließlich der fehlende Glaube an das Überleben eines polnischen Staates.²⁸ Tatsächlich war das Prinzip der Selbstbestimmung der Völker in Bezug auf Danzig für Lloyd George nur ein bequemes Werkzeug, das er im Spiel gegen Wilson, dem dieses Prinzip besonders am Herzen lag, einsetzen konnte.²⁹

Das bringt uns zu einem wichtigen Moment, in dem das Schicksal Danzigs und Fiumes während der Pariser Konferenz indirekt miteinander verbunden war. Die Zeitgenossen bemerkten schnell eine Analogie zwischen den Forderungen der involvierten Parteien (das heißt Italiens gegenüber Fiume und Polens gegenüber Danzig). Bereits am 28. März 1919 erklärte Wilson klar und deutlich, dass der Anschluss Danzigs an Polen genauso ungerecht wäre wie der Fiumes an Italien. Wenig später bestätigte er, dass die Frage der Zukunft Danzigs bewusst so gelöst wurde, um im Falle schwieriger Verhandlungen mit der italienischen Delegation über die Zukunft von Fiume ein passendes Argument zu haben.³⁰

Es gab aber einen grundlegenden Unterschied. Während die Polen zumindest bei den Franzosen Unterstützung erwarten konnten, stießen die immer kategorischer werdenden Forderungen der Italiener bei den westlichen Diplomaten, vor allem bei den US-Amerikanern, auf Unverständnis. Vittorio Emanuele Orlando, Präsident des Ministerrats und Vorsitzender der italienischen Delegation in Paris, brauchte einen Erfolg oder zumindest etwas, das den Anschein eines Erfolgs erweckte. Die Italiener wollten das alte diplomatische Versprechen (den geheimen Londoner Vertrag plus

²⁷ Cienciála, *Zasada samostanowienia*, S. 270.

²⁸ Ebd., S. 272; MacMillan, *Paryż 1919*, S. 221.

²⁹ Cienciála, *Zasada samostanowienia*, S. 273.

³⁰ MacMillan, *Paryż 1919*, S. 220; Cienciála, *The Battle of Danzig*, S. 78.

Fiume) erfüllt sehen, während die US-Amerikaner auf die Notwendigkeit hinwiesen, eine Formel zu entwickeln, die auch den Ansprüchen der Slawen Rechnung tragen würde. Wesentlich war, dass die US-Regierung nicht zu den Unterzeichnern des Londoner Vertrags gehörte und daher nicht formell an dessen Bestimmungen gebunden war. Margaret MacMillan betont zu Recht, dass es nicht nur um die Verhandlungsthemen ging, sondern auch um die Form der Gespräche. Schließlich half auch die Wahl der Argumente nicht weiter – die Vertreter Italiens konzentrierten sich hauptsächlich auf historische Fragen und bezogen sich ausschließlich auf den italienischen Charakter von Fiume selbst. Sie machten viele Gesten, reagierten während der Gespräche emotional und beharrten hartnäckig auf den Forderungen des „Londoner Vertrags plus Fiume“. Die italienische Delegation brach die Gespräche in Paris Ende April sogar ab und kehrte in ihre Heimat zurück. Obwohl die Italiener im Juni wieder zurückkehrten und den Vertrag von Versailles unterzeichneten (es waren inzwischen Vertreter einer neuen italienischen Regierung), blieb die Fiume-Frage in zentralen Punkten weiterhin ungelöst. Die Causa Fiume wurde im September 1919 noch komplizierter, als der italienische Unruhestifter Gabriele d’Annunzio sich mit einer Gruppe von Freiwilligen in die Stadt begab, sie einnahm und dort mehrere Monate die italienische Regentenschaft am Quarnero anführte.³¹ In der Geschichte Europas nach Versailles war das ein präzedenzloses Ereignis.

Erst im November 1920 konnten sich Italien und Jugoslawien in dem Grenzvertrag von Rapallo über die Stadt Fiume einigen. Der Vertrag war keine (direkte) Folge der erwähnten Intervention d’Annunzios, sondern vielmehr das Ergebnis einer veränderten römischen Politik (die nun den Wunsch nach innerer Ordnung und Aufgabe der aggressiven Außenpolitik verfolgte) und Belgrads (das sich die Wiederbelebung des Handels an der Adria zum Ziel setzte, was ohne Italien nicht möglich war). So fiel die Entscheidung zur Gründung der Freien Stadt Fiume.³²

Die Zeitgenossen wussten, dass die in Rapallo für Fiume gefundene Lösung einen provisorischen Charakter hatte. Der neu geschaffene Stadtstaat hatte keine Existenzgrundlage, da er keine Möglichkeiten für eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung besaß. Noch

³¹ Zob. Podemski, *Wyprawa*, passim.

³² MacMillan, *Paryż 1919*, S. 299.

wichtiger ist, dass für die Freie Stadt Fiume keine internationale Kontrolle vorgesehen wurde³³ (wie dies für Danzig der Fall war). Aus diesem Grund war es möglich, die Existenz der freien Stadt im Rahmen bilateraler Gespräche zu beenden, ohne dass andere Akteure formell einbezogen werden mussten.

Während sowohl für Fiume als auch für Danzig zwischen 1919 und 1920 eine Rechtsform entworfen wurde, nach der beide Städte funktionieren sollten, kann man dies für die Hafenstadt Memel und ihre Umgebung nicht behaupten.

Die polnische Delegation, die auf der Pariser Konferenz trotz allem mehr Einfluss als die litauische hatte, verwies auf das Problem. Ursprünglich befürwortete sie am 25. Februar die Eingliederung des „litauischen Teils Ostpreußens“ in den Staat Litauen (obwohl nicht angegeben wurde, welches Gebiet tatsächlich gemeint war). Am 3. März erklärten die polnischen Vertreter, dass „der Teil Ostpreußens, der den Unterlauf und die Mündung der Memel umfasst, als eigenständiges Land innerhalb der Grenzen des polnischen Staates errichtet werden sollte, mit einer eigenen Organisationsform, basierend auf den Rechten des litauischen Volkes.“³⁴ Am 12. März schließlich kam die Kommission für polnische Angelegenheiten, vor allem dank der oben erwähnten Leitlinien der polnischen Delegation, zu einem Entwurf, der die Teilung Kleinlitauens und die Abtrennung der Gebiete am rechten Ufer der Memel, das heißt des Memellandes, vorsah (das restliche Gebiet sollte als Teil Ostpreußens innerhalb der Grenzen Deutschlands verbleiben). Das Projekt wurde weder von deutscher noch litauischer Seite befürwortet. Die Litauer erhielten schlussendlich keinen Teil Kleinlitauens.

Die Motivation der Polen, die das Memelland von Deutschland abtrennen wollten, lässt sich leicht erklären – es ging darum, Deutschland zu schwächen. Nicht ohne Bedeutung war die Tatsache, dass aus polnischer Sicht Memel als Verhandlungsmasse und Druckmittel gegen Kaunas benutzt wurde. Während Memel für die Polen eine zweitrangige wirtschaftliche Bedeutung besaß, war die Stadt für die Litauer unerlässlich.³⁵ Schließlich wurde das Memelland

³³ Paszkiewicz, *Jugosławia*, S. 94-95.

³⁴ Łossowski, *Kłajpeda kontra Memel*, S. 16.

³⁵ Ebd., S. 13-18, 28 f.

von Deutschland abgespalten. Als Vertreter der Alliierten und Assoziierten Mächte übernahm Frankreich dessen Verwaltung. Laut der Volkszählung vom September desselben Jahres lebten im Memel(gebiet) mehr als 150.000 Menschen, von denen 71.000 Deutsch und 67.000 Litauisch als ihre Muttersprache anführten.³⁶

Die Frage nach der Zukunft Memels war nicht endgültig geklärt. Tatsächlich existierte ein „Schwebezustand“ (der von der polnischen Diplomatie als „provisorisch“ bezeichnet wurde³⁷). Erst Mitte 1921 entstand die Idee, das Gebiet in einen „Freistaat“ umzuwandeln. Die Initiative ging von Vertretern lokaler Wirtschaftskreise aus. Die französische Seite lehnte diesen Vorschlag ab, da sie ihn als Bedrohung ihrer eigenen Interessen ansah. Es wurde vorhergesehen, dass eine solche Gebietskörperschaft keine Chance hätte, ihre Unabhängigkeit zu bewahren, und daher (früher oder später) an Deutschland angeschlossen werden würde. Die lokale deutsche Bevölkerung begann, die Idee eines „freien Staates“ zu befürworten.³⁸ Gleichzeitig nahmen die Bemühungen der Litauer zu, ihre Präsenz immer stärker zu manifestieren (eine dominierende Rolle, zum Beispiel auf der Verwaltungsebene, spielten weiterhin die lokalen Deutschen). Das einzige Postulat der Litauer war die Annexion Memels einschließlich des Memellandes und deren Anschluss an Litauen.³⁹ Ein bedeutsamer Schritt war hierbei die Verabschiedung einer Sonderresolution am 11. November 1921 durch das litauische Parlament in Kaunas über den Anschluss des Memellandes bei Gewährung von Autonomierechten. Im Januar 1923 fand im Bezirk Memel ein arrangierter Aufstand statt, dem der Einmarsch litauischer Truppen folgte.⁴⁰ Die Politik der vollendeten Tatsachen erwies sich für Kaunas letztlich als gewinnbringend. Trotz der Proteste seitens der Westmächte wurde die Annexion des Memelgebiets durch Litauen anerkannt. Sie wurde aber von der Gewährleistung angemessener Rechte für die einheimische deutsche Bevölkerung abhängig gemacht. Nach mühsamen Verhandlungen wurde am 8. Mai 1924 die Memelkonvention unterzeichnet, die der Region eine sehr weitgehende Autonomie einräumte.⁴¹

³⁶ Ebd., S. 20.

³⁷ Ebd., S. 31.

³⁸ Ebd., S. 25-27.

³⁹ Ebd., S. 31-35.

⁴⁰ Ebd., S. 37-53.

⁴¹ Ausführlich zu diesem Thema siehe Łossowski, *Klajpeda kontra Memel*, S. 54-75.

Der Kompromisscharakter der freien Städte und die Auswirkungen auf die Situation anderer Länder (vor allem direkt betroffener Konfliktparteien) implizierten auch die (zumindest formale) Gewährleistung der Rechte für nationale Minderheiten, die sich innerhalb der betreffenden Grenzen befanden. Der Schwerpunkt lag dabei vor allem auf der Sprachenfrage. In einem der ersten Artikel in der Verfassung der Freien Stadt Fiume vom 27. August 1920 wurde ausdrücklich die Gleichheit der Bürger unabhängig von Geschlecht, Rasse, Sprache, Herkunft und Religion unterstrichen.⁴² Die erwähnte Memelkonvention garantierte die Gleichstellung der deutschen und litauischen Sprache.⁴³

Die Gleichbehandlung der polnischen Bevölkerung in der Freien Stadt Danzig kündigte bereits ein Punkt eines Artikels des Versailler Vertrags an. Des Weiteren wurde diese in der Pariser Konvention (vom 9. November 1920), dem Warschauer Abkommen (vom 24. Oktober 1921) und schließlich in der am 14. Juni 1922 veröffentlichten Verfassung der Freien Stadt Danzig (obwohl diese 1920 im Wesentlichen abgeschlossen war) ausgeführt. Darin wurden in Artikel 4 der polnischen Bevölkerung der Gebrauch der Muttersprache und die freie Entfaltung ihrer nationalen Identität zugesichert (Deutsch war allerdings die einzige Amtssprache).⁴⁴

Im Fall Danzig sollte dem Völkerbund, vor Ort vertreten durch den Hohen Kommissar, eine wichtige Bedeutung zukommen. Für die Funktion eines Vermittlers und Garanten in den Statuten eines angedachten „Freistaats“ Memelland wurde Frankreich vorgesehen. In Bezug auf Fiume wurden, wie bereits angedeutet, (neben Italien und Jugoslawien) keine Möglichkeiten der Einmischung von Drittstaaten eingeräumt.

In der Praxis begünstigte die weitgehende Autonomie, die dem Memelland gewährt wurde (sie unterschied sich bis auf die Zugehörigkeit zu Litauen wenig von den ursprünglichen Ideen eines

⁴² Tadeusz Maciejewski, *Konstytucja Wolnego Miasta Fiume (Rijeka) z 27 sierpnia 1920 r.*, in: Stanisław Grodziski/Andrzej Dziadzio (Hg.), *Regnare, gubernare, administrare. Prawo i władza na przestrzeni wieków*, Kraków 2012, S. 178.

⁴³ Łossowski, *Kłajpeda kontra Memel*, S. 79.

⁴⁴ Vgl. Drzycimski, *Ludność*, S. 34; Tadeusz Maciejewski, *Ustrój konstytucyjny i sądowy napoleońskiego (1807-1814) i wersalskiego (1920-1939) Wolnego Miasta Gdańska w rozwoju prawnohistoryczno-porównawczym*, Gdańsk 2017, S. 128; Andrzejewski, *Struktura*, S. 340.

Freistaats), *de facto* nicht nur den Erhalt des Status quo (das heißt der deutschen Dominanz)⁴⁵, sie bot auch günstige Bedingungen für die Entwicklung eines deutschen Chauvinismus. Dieser führte zu einem nationalsozialistischen Umsturzversuch und langfristig zur Annexion Memels durch das Deutsche Reich im März 1939.⁴⁶

In Fiume scheiterte das Konstrukt einer freien Stadt. Bereits nach den ersten Wahlen, im April 1921, die nach dem neuen Wahlrecht abgehalten wurden, verschärfte sich der Antagonismus zwischen denjenigen, die eine Ausweitung der Autonomie Fiumes befürworteten, und denjenigen, die für eine Annexion der Stadt durch Italien waren (die Wahlen selbst gewannen die kroatischen Einwohner der Stadt). Es kam zu Unruhen, die meisten Befürworter der Autonomie flohen ins Ausland, und die örtlichen italienischen Faschisten führten diktatorische Machtstrukturen ein. Die Situation war dermaßen ernst, dass Rom einen Sonderkommissar für Fiume ernennen und militärische Einheiten entsenden musste. Trotz einer gewissen Beruhigung der Situation fand bereits Anfang März 1922 ein zweiter Angriff statt. Die Faschisten griffen die Regierungsgebäude an und proklamierten dann (einseitig) den Beitritt zu Italien. Aufgrund einer schwierigen innenpolitischen Situation wollte die Regierung in Rom eine solche Lösung nicht akzeptieren. Die Verhandlungen mit dem SHS-Königreich begannen im April und fanden schließlich mit der Unterzeichnung des Abkommens in Santa Margherita am 30. Oktober 1922 ihren Abschluss. Diese Vereinbarung stellte eine notwendige Präzisierung der Regelungen der weniger als zwei Jahre zuvor unterzeichneten Vereinbarung von Rapallo dar, die hauptsächlich „technische“ Fragen aus den Bereichen der Verwaltung und der Wirtschaftsbeziehungen betraf. Die endgültige politische Zukunft Fiumes wurde dabei noch nicht entschieden.⁴⁷ Dies ermöglichte jedoch die Einrichtung eines speziellen paritätischen Ausschusses, der sich in den kommenden Monaten mit dieser Frage befassen sollte.⁴⁸

Obwohl die italienische Seite nach den eigenen ultimativen Forderungen die Arbeiten im Ausschuss im Spätsommer 1923 unterbrach, kam trotzdem eine Lösung zustande, die sowohl von Rom

⁴⁵ Łossowski, *Kłajpeda kontra Memel*, S. 74 f.

⁴⁶ Ebd., S. 99 f.

⁴⁷ Paszkiewicz, *Jugosławia*, S. 97-99.

⁴⁸ Ebd., S. 104 f.

als auch von Belgrad akzeptiert wurde. Die Beziehungen zwischen Italien und dem SHS-Königreich wurden 1923 hauptsächlich durch die Ereignisse in der Adria und auf dem Balkan beeinflusst. Einerseits wurde Rom in einen Konflikt mit Griechenland verwickelt (bewaffnete Besetzung von Korfu), andererseits führten Informationen über den Sturz der Regierung in Sofia durch bulgarische Revanchisten, die eine Revision der Ostgrenze des SHS-Königreichs anstrebten, zu Beunruhigung in Belgrad. Mit anderen Worten: Es lag im Interesse der beiden betroffenen Regierungen, die Fiume-Frage so schnell wie möglich zu lösen, ohne einen weiteren Konflikt eskalieren zu lassen. Neben den territorialen Veränderungen war auch ein bilateraler Freundschafts- und Kooperationsvertrag geplant. Am 27. Januar 1924 wurde schließlich der sogenannte Vertrag von Rom unterzeichnet. Die Vereinbarungen sahen vor, dass Fiume durch Italien annektiert würde. Im Gegenzug erhielten die Jugoslawen Souveränitätsrechte über den Hafen von Baroš und den Fluss Fiumara. Zudem wurde ein Pachtvertrag geschlossen, der dem SHS-Königreich für 50 Jahre Rechte an einem Hafenbecken in Fiume zusicherte. Der Vertrag garantierte schließlich der jugoslawischen Minderheit die gleichen Rechte wie der italienischen Minderheit in Dalmatien.⁴⁹

Im Fall der Freien Stadt Danzig stellte sich die Situation etwas anders dar. Dies hing sowohl mit den Befugnissen zusammen, die der polnischen Seite in Danzig zugesichert wurden, als auch mit den Druckmitteln auf die Regierungen in Danzig und Berlin (zumindest bis zu einem gewissen Grad), von denen Letztere immer noch über einen starken Einfluss auf die Stadt an der Mottlau verfügte. Auf dem Gebiet der Freien Stadt verwaltete Polen Eisenbahnen, kontrollierte den Danziger Zolldienst (Danzig befand sich im polnischen Zollgebiet) und verfügte über einen eigenen Post- und Telegrafendienst sowie ein militärisches Transitlager. Der Hafen von Danzig diente auch als polnischer *port d'attache* (Heimathafen, Anm. d. Übers.). Sowohl die Außenpolitik als auch das Mandat zur Verteidigung der Freien Stadt wurde Polen übertragen. Für den Rechtsschutz des Staates vor Ort und der polnischen lokalen Bevölkerung war das Generalkommissariat der Republik Polen zuständig.⁵⁰

⁴⁹ Ebd., S. 108-110.

⁵⁰ Ausführlicher sie Stanisław Mikos, *Uprawnienia państwa polskiego w Wolnym Mieście Gdańsku 1920-1939*, in: *Zeszyty Naukowe Wydziału Humanistycznego Uniwersytetu Gdańskiego* 11/1981, S. 19-36.

In der Praxis ergriff die politische Führung Danzigs eine Reihe von Initiativen, die das Ziel verfolgten, den polnischen Einfluss in der Stadt zu mindern. Einer der größten Erfolge auf diesem Gebiet war die Übertragung der Hafenverwaltung (noch im Jahr 1920) an den Ausschuss für den Hafen und die Wasserwege von Danzig. Ursprünglich sollte diese Funktion an Polen fallen.⁵¹

In der Praxis wurde die lokale polnische Bevölkerung während der gesamten Zwischenkriegszeit (wenn auch mit unterschiedlicher Intensität und mit unterschiedlichen Mitteln) schikaniert. Es brachen Konflikte über das polnische Bildungswesen, Pfarrgemeinden, polnische Briefkästen usw. aus. Sowohl die Danziger Verwaltung als auch (deutsche) Privatpersonen legten großen Wert darauf, den deutschen Charakter der Stadt zu betonen. Es ist kein Zufall, dass gerade in der Zwischenkriegszeit die geisteswissenschaftlichen Fakultäten der Technischen Universität Danzig unter dem Banner der „Deutschen Ostforschung“⁵² ihr stark ideologisches Programm engagiert weiterentwickelten. Nicht ohne Grund war die Freie Stadt Danzig das erste Gebiet außerhalb des Reichs, das von der NSDAP regiert wurde – nur fünf Monate nach der „Machtübernahme“ in Deutschland. Das öffentliche Leben wurde entsprechend der Muster aus dem Reich schnell „gleichgeschaltet“.⁵³

Immer deutlicher wurde „die Rückkehr Danzigs ins Reich“ öffentlich gefordert. Die Schwäche der Konzeption einer Freien Stadt Danzig (wie auch des Völkerbunds) zeigte sich in den 1930er Jahren nicht nur im Alltag der ohnehin „braunen“ Stadt, sondern auch darin, dass die deutsche Seite, unter Ausnutzung der noch bestehenden Annäherung zwischen Warschau und Berlin (entsprechend dem Nichtangriffspakt vom 26. Januar 1934) im Oktober 1938 eine Revision der Statuten der Freien Stadt Danzig unter völliger Umgehung Genfs vorschlug.⁵⁴ Einen gewissen symbolischen

⁵¹ Ausführlicher siehe: Henryk Stępnik, *Rada Portu i Dróg Wodnych w Wolnym Mieście Gdańsku*, Gdańsk 1971.

⁵² Jörg Hackmann, „Der Kampf um die Weichsel“. *Die Deutsche Ostforschung in Danzig von 1918-1945*, in: *Zapiski Historyczne* 1/1993, Bd. LVIII, S. 37-58; Michał Cieśla, *Działalność naukowa i rola polityczna katedr filologicznych politechniki gdańskiej w latach 1925-1944*, Gdańsk 1969.

⁵³ Loew, *Gdańsk*, S. 203-208.

⁵⁴ Stanisław Żerko, *Niemiecka polityka zagraniczna 1933-1939*, Poznań 2005, S. 314 f.

Wert bekommt die Tatsache, dass die 20 Jahre zuvor in Paris während einer Konferenz zur Schaffung des „dauerhaften Friedens“ entwickelte Konzeption einer der Gründe (obwohl sie weder der einzige noch der wichtigste war) für den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs wurde.

Die obigen Ausführungen verdeutlichen, dass freie Städte künstliche Konstrukte blieben, sie erreichten weder eine politische noch wirtschaftliche Unabhängigkeit. Daher waren sie leicht beeinflussbar und nicht in der Lage, ihr Überleben zu garantieren. Sobald sich eine Gelegenheit dazu bot, wurden sie aufgelöst.

Zweitens handelte es sich um Gebietskörperschaften von wirtschaftlicher und (hauptsächlich) symbolischer Bedeutung, die Gegenstand von Streitigkeiten zwischen zwei oder mehr internationalen Akteuren waren. Das ist auch der einzige Grund, aus dem sie geschaffen wurden. Das Prinzip der Selbstbestimmung der Völker wurde bei ihrer Gründung nur deshalb berücksichtigt, weil es ein Gegengewicht zu den Argumenten (auch wirtschaftlicher und politischer Art) der anderen Seite bildete. Von Anfang an waren die freien Städte von Kämpfen zwischen den Machtzentren geprägt und verkamen zu Lackmustests in den Beziehungen verfeindeter Konfliktparteien. Als quasi Zwergstaaten waren sie folglich viel weniger „frei“ als andere „normale“ Staaten.

Sowohl bei den Kompromissen, die zu ihrer Gründung führten, als auch später bei der Auflösung der freien Städte wurden verschiedene Wege eingeschlagen. Im Falle von Danzig war es eine Top-down-Entscheidung der Großmächte, die während der Pariser Konferenz neue Grenzen zogen. Die Freie Stadt Fiume entstand infolge direkter bilateraler Verhandlungen zweier Parteien, nachdem jeweils die Möglichkeiten einer einseitigen Annexion ausgeschöpft waren. Das Memelland entstand, ähnlich wie Danzig, infolge von Bestimmungen des Versailler Vertrags, wobei der langwierige Übergangszustand von einer der Konfliktparteien (Litauen) ausgenutzt wurde.

Als Ergebnis von ausgehandelten, von oben auferlegten Entscheidungen, die darauf abzielten, den Konflikt zwischen den beiden Seiten zu entschärfen, wurden die freien Städte im Endeffekt zu Konfliktherden, geworden, die ständig durch nationale Antagonismen befeuert wurden. Dies war sowohl bei Fiume als auch bei

Memel der Fall, obwohl die beiden Gebiete relativ schnell ihren Status als eigenständige Verwaltungsorgane verloren. Der härteste und längste Konflikt wurde in Danzig ausgetragen.

Es wäre anzunehmen, dass die Konzeption einer „freien Stadt“, die in der Zwischenkriegszeit diskreditiert wurde, bei neuen Grenzziehungen mit dem Versuch, zwischenstaatliche Konflikte mit nationalem Hintergrund zu entschärfen, nicht erneut berücksichtigt würde. Doch es kam anders. Wie Henryk Batowski zu Recht bemerkt, ähnelte die 1937 für das umstrittene Gebiet Sandschak Alexandrette (türkisch Hatay) an der türkisch-syrischen Grenze angenommene Formel in vielerlei Hinsicht dem Konzept der Freien Stadt Danzig. Als Frankreich 1936 die Unabhängigkeit Syriens anerkannte, begann die türkische Regierung darauf zu drängen, dass unter den neuen Umständen die Autonomie der Region, deren Bevölkerung zu mehr als der Hälfte türkisch war, gewährleistet werden sollte (die Region Alexandrette genoss seit 1921 eine begrenzte Autonomie, als sie noch zum französischen Mandatsgebiet gehörte). Die Türkei hat die internationale Situation infolge der zunehmenden italienischen Bedrohung im Mittelmeerraum geschickt ausgenutzt. Frankreich, das die Türkei als Verbündeten gewinnen wollte, unterstützte die Idee, auf dem Gebiet des protestierenden Syriens einen autonomen Sandschak Alexandrette zu gründen. Gleich mehrere Ähnlichkeiten erinnern an die Strukturen der Freien Stadt Danzig: Der Sandschak blieb unter der Ägide des Völkerbunds (der durch Frankreich vertreten wurde); die Autonomieregion hatte das Recht auf ein eigenes Parlament und eine eigene Regierung; Syrien blieb für die auswärtigen Angelegenheiten und die Zölle des Sandschaks zuständig. Ankara begnügte sich nicht mit der Kompromisslösung und drohte mit einer militärischen Intervention. Das türkische Engagement führte Anfang September 1938 zu einem Aufstand, in dessen Folge ein neuer Zwergstaat unter dem Namen Republik Hatay entstand. Türkisch wurde zur neuen Amtssprache, und neben den französischen Truppen stationierte Ankara dort auch eigene Verbände. Die Existenz der Republik Hatay war nach nicht einmal einem Jahr zu Ende. Die Türkei nutzte erneut die internationale Lage (endgültige Zerschlagung der Tschechoslowakei im März 1939) und bot sich, einem Wunsch aus Paris (und indirekt auch aus London) nachkommend, als neuer Verbündeter an. Dementsprechend erzwang sie Ende Juni 1939 den Anschluss der Republik Hatay.

Bis heute ist die Region ein Streitpunkt zwischen Syrien und der Türkei.⁵⁵

Aus dem Polnischen von Jakob Sawicki

Abstract

Danzig, Fiume, Memel – concept of the free cities after World War I and the principle of national self-determination and protection of national minorities

Post-Versailles Europe saw the emergence of new, quasi-state territorial corporations (enjoying a great deal of autonomy, but not sovereignty). These included the Free State of Fiume/Rijeka (1919-1924), Free City of Danzig/Gdańsk (1920-1939), Free State of Memel/Klaipeda (which emerged between 1920 and 1923, before being incorporated into Lithuania with partial autonomy still remaining), as well as, slightly later, the autonomous Åland Islands (1922), and the Republic of Hatay (1938-1939). In theory, those international law constructs were supposed to resolve tensions (including those erupting on the grounds of nationality) between neighbours vying for control over strategic territories (and cities). However, they proved to primarily spark new conflicts of varying length. The article constitutes an attempt at comparing the geneses and development of the first three of the abovementioned “free cities”, as well as identifying their role in the newly-formed League of Nations. In addition, the article attempts to determine the degree to which the principle of national self-determination played a role in the establishment of these entities, as well as the methods used to ensure that the national minorities which found themselves within the borders of these “free cities” were protected.

⁵⁵ Vgl. Henryk Batowski, *Między dwiema wojnami 1919-1939. Zarys historii dyplomatycznej*, Kraków 2003, S. 279; Erik J. Zürcher, *Turcja. Od sułtanatu do współczesności* (übers. v. A. Gąsior-Niemiec), Kraków 2013, S. 202.